

BESCHLUSSVORLAGE	Gremium:	12. Plenarsitzung Gemeinderat
	STADT KARLSRUHE Der Oberbürgermeister	Termin: Vorlage Nr.: TOP: Verantwortlich:
Interfraktionelle Resolution „Korridorstudie Mittelrhein“		

Beratungsfolge dieser Vorlage	am	TOP	ö	nö	Ergebnis
Gemeinderat	19.05.2015	1.2	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	Zustimmung
			<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	
			<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	

Antrag an den Gemeinderat / Ausschuss

Die Initiative des Gemeinderates für eine Resolution zur Fortschreibung des Bundesverkehrswegeplanes 2015 bzw. zur Korridorstudie Mittelrhein wird von der Verwaltung aufgegriffen. Die Resolution wird an das Bundesministerium für Verkehr und digitale Infrastruktur sowie die Deutsche Bahn AG gesendet.

Die Verwaltung bereitet außerdem eine detaillierte Stellungnahme zur Korridorstudie vor, welche auf die Resolution verweist und im Nachgang zu dieser verschickt wird.

Finanzielle Auswirkungen		nein <input checked="" type="checkbox"/>	ja <input type="checkbox"/>
Gesamtkosten der Maßnahme	Einzahlungen/Erträge (Zuschüsse u. Ä.)	Finanzierung durch städtischen Haushalt	Jährliche laufende Belastung (Folgekosten mit kalkulatorischen Kosten abzügl. Folgeerträge und Folgeeinsparungen)
Haushaltsmittel stehen Kontierungsobjekt: Ergänzende Erläuterungen:		Kontenart:	
ISEK Karlsruhe 2020 - relevant	nein <input type="checkbox"/> ja <input checked="" type="checkbox"/>	Handlungsfeld: Regionale und überregionale Kooperation	
Anhörung Ortschaftsrat (§ 70 Abs. 1 GemO)	nein <input checked="" type="checkbox"/> ja <input type="checkbox"/>	durchgeführt am	
Abstimmung mit städtischen Gesellschaften	nein <input checked="" type="checkbox"/> ja <input type="checkbox"/>	abgestimmt mit	

Resolution des Karlsruher Gemeinderates

zur Korridorstudie Mittelrhein vom 10.03.2015 und zur Fortschreibung des Bundesverkehrswegeplanes 2015 (Teil Schiene) des Bundesministeriums für Verkehr und digitale Infrastruktur

1. Der Karlsruher Gemeinderat begrüßt grundsätzlich die Verlagerung des Güterfernverkehrs von der Straße auf die Schiene.
2. Der Gemeinderat fordert von Seiten des Bundesministeriums für Verkehr und digitale Infrastruktur sowie der Deutschen Bahn AG ein offenes und transparentes Verfahren mit der Stadt Karlsruhe sowie allen weiteren betroffenen Gemeinden bezüglich des zukünftigen Ausbaus des Personen- und Schienengüterverkehrs zu gewährleisten. Karlsruhe ist betroffen durch die in der Korridorstudie Mittelrhein enthaltenen Maßnahmen:
 - „ABS Molzau – Graben-Neudorf – Karlsruhe“
 - „dreigleisiger Ausbau zwischen Karlsruhe und Durmersheim“
 - „Kurve Dammerstock (Verbindung zwischen Wörth und Rastatt)“
3. Ein innerörtlicher viergleisiger Ausbau der Eisenbahntrasse Molzau – Graben-Neudorf – Karlsruhe für die Aufnahme von zusätzlichen Kapazitäten für den Schienengüterverkehr wird in Karlsruhe-Hagsfeld, Karlsruhe-Rintheim und dem weiteren Karlsruher Stadtgebiet ohne eine ausführliche Prüfung und Abwägung von möglichen großräumigen Alternativrouten und der Prüfung einer Tunnellösung abgelehnt. Bereits heute grenzt die Wohnbebauung unmittelbar an die Gleise der Deutschen Bahn und S-Bahn. Eine mögliche Erweiterung der bereits bestehenden Gleise ist daher aus städtebaulicher Sicht nicht möglich.
4. Auch bei Planungen eines „dreigleisigen Ausbaus zwischen Karlsruhe und Durmersheim“ sowie für einen Ausbau der „Dammerstocker Kurve“ ist die Stadt Karlsruhe frühzeitig zu informieren bzw. zu beteiligen, die Auswirkungen darzustellen und abzuwägen.
5. Ein Ausbau der innerörtlich bestehenden Bahnstrecken auf Karlsruher Gemarkung würde dem Ziel der Bundesregierung widersprechen, die Anwohnerinnen und Anwohner von Bahnlärm zu entlasten. Mit Blick auf die zu erwartenden (Lärm-) Belastungen gilt es, umfassende Maßnahmen zum Schutz der betroffenen Menschen zu ergreifen. Nur so kann die Akzeptanz in der Bevölkerung gesichert werden.

6. Der geplante Ausbau der Eisenbahngleise darf nicht zu Lasten unseres erfolgreichen Nahverkehrsmodells umgesetzt werden. Für den S-Bahnverkehr dürfen sich gegenüber der heutigen Situation keine Verschlechterungen ergeben.
7. Ebenso sind den dort Wohnenden zusätzliche Belastungen durch eine Vermehrung des Güterverkehrs auf den bestehenden Trassen nicht zuzumuten.

Beschluss:

Antrag an den Gemeinderat / Ausschuss

1. Die Initiative des Gemeinderates für eine Resolution zur Fortschreibung des Bundesverkehrswegeplanes 2015 bzw. zur Korridorstudie Mittelrhein wird von der Verwaltung aufgegriffen. Die Resolution wird an das Bundesministerium für Verkehr und digitale Infrastruktur sowie die Deutsche Bahn AG gesendet.
2. Die Verwaltung bereitet außerdem eine detaillierte Stellungnahme zur Korridorstudie vor, welche auf die Resolution verweist und im Nachgang zu dieser verschickt wird.

Hauptamt - Ratsangelegenheiten -

18. Mai 2015